

Antragsteller: Jusos Lahn-Dill



Antragstitel: Fahrt-, Unterkunfts- und Verpflegungskostenübernahme für Auszubildende bei großen Entfernungen zur Berufsschule

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, eine Fahrt-, Unterkunfts- und Verpflegungskostenübernahme für Auszubildende durch den Ausbildungsbetrieb einzuführen. Fahrtkosten sollen mit dem ÖPNV vom Ausbildungsbetrieb bis zur Berufsschule oder anderen außerbetrieblichen Maßnahmen durch den Ausbildungsbetrieb übernommen werden. Außerdem ist §5 (2) BRKG so zu verschärfen, dass er klarstellt, dass der Besuch der der Berufsschule im „dienstlichen Interesse“ ist. Bei längeren Fahrtzeiten als 90 Minuten mit dem ÖPNV soll der Ausbildungsbetrieb die Unterkunfts- und Verpflegungskosten übernehmen.

Der § 15 BBiG muss um folgenden Absatz erweitert werden. „(2) Die Wegzeiten von der Berufsschule zum Ausbildungsbetrieb ist der Schülerin oder dem Schüler als Arbeitszeit anzurechnen“. Der bestehende Gesetzestext wird als (1) beibehalten.

Antragsbegründung:

In Deutschland herrscht derzeit ein Fachkräftemangel. In einigen Branchen finden die Ausbildungsbetriebe keine Auszubildenden mehr, was zu einer Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beiträgt. Zeitgleich werden die Fahrtwege zu den Berufsschulen aus diversen Gründen oftmals länger. Derzeit gibt es noch keine Mindestausbildungsvergütung und 2015 lag die durchschnittliche monatliche Ausbildungsvergütung nach einer

Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung bei 832 €. Hier gibt es zusätzlich noch starke Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Aufgrund der steigenden Lebenserhaltungskosten ist es mit dieser geringen Ausbildungsvergütung nicht möglich, ein selbstständiges Leben zu führen. Daher ist es zwingend notwendig die Bedingungen der Auszubildenden in einer dualen Ausbildung zu verbessern. Ein erster Schritt wäre daher die gesetzlich verpflichtende Übernahme der Fahrt, Verpflegungs- und Übernachtungskosten durch den Ausbildungsbetrieb.

In einigen Ausbildungsstätten wird die Reisezeit mit einer aus Kartendiensten wie Google Maps errechneten Pauschale auf das Zeitkonto des*der Auszubildenden vergütet. Hierbei wird der Straßenverkehr außer Acht gelassen, welcher in Städten und auf Autobahnen etc. zu Behinderungen führen kann. Selbiges soll auch für die Nutzung der ÖPNV gelten, schließlich kommt dabei genauso regelmäßig zur Verspätungen und Verzögerungen. Der*die Auszubildende muss somit entweder Überstunden machen, um auf das Zeit-Soll zu kommen oder bleibt aus sog. Minusstunden sitzen. Ein Umstand, den wir aus der Welt schaffen möchten